Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 110 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Dienstag, den 12. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle". | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Wahlprüfungsgericht für die Reichspräsidentenwahl hat die Einsprüche gegen die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg als ohne Einwirkung auf das Wahlresultat zurückgewiesen und Hindenburgs Wahl für gültig erklärt.

* An der Eröffnungsfeier der Jahrtausendausstellung in Köln werden Reichskanzler Dr. Luther sowie die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Frenken und aus Preußen Ministerpräsident Braun, die Minister Severing und Hirtsiefer teilnehmen.

* Das Deutsch-Polnisch-Danziger Schiedsgericht über die Frage des Stargarder Eisenbahnunglücks ist auf Montag, den 11. Mai, einberufen.

* Die britische Reichsausstellung in Wembley ist erneut durch den König eröffnet worden.

Des Präsidenten Amtsantritt.

Mit der Entscheidung des Wahlgerichts sind die letzten Gefechte um den neuen Reichspräsidenten endlich beendet, und Hindenburg konnte die Reise nach Berlin antreten, um sein Amt zu übernehmen. Die Feierlichkeit der Eidesleistung selbst kennzeichnet diesen Amtsantritt nicht, sondern formell ist er Reichspräsident geworden in dem Augenblick, da das Wahlgericht die Einsprüche gegen die Wahl zurückwies, weil sie nichts mehr am Resultat änderten.

Der Einzug Hindenburgs in Berlin bedeutet das Ende der bisher geführten Auseinandersetzungen und die Anerkennung der Notwendigkeit, den Kampf zu beenden und, gleichgültig, wie man politisch eingestellt ist, den Reichspräsidenten als das zu betrachten, was er sein will, nämlich als Repräsentanten des ganzen deutschen Volkes.

Denn in einem braucht der jetzige deutsche Reichspräsident das Beispiel seines Vorgängers nicht zu wiederholen: das ist die Niederlegung von Ämtern, die er bisher in einer Partei bekleidet hat. Damit ist übrigens nicht etwa gesagt, daß der neue Reichspräsident nicht Mitglied einer Partei bleiben darf. Ob Eberts Nachfolger überhaupt eingeschriebenes Mitglied einer Partei war, vermag jedenfalls der größte Teil des deutschen Volkes nicht zu sagen, was auch sein Gutes hat. Freilich wäre die symbolische Handlung eines etwaigen Austritts ein Schritt von großer Bedeutung, da er den Willen des Präsidenten zum Ausdruck bringt, seine früheren Gesinnungsgenossen nicht irgendwie zu bevorzugen.

Mit dem Amtsantritt des Reichspräsidenten erhält übrigens auch die deutsche Reichswehr einen neuen Oberbefehlshaber. Verfassungsmäßig war ursprünglich der Reichspräsident dieser Oberbefehlshaber, aber Ebert hatte schon wenige Tage nach Verkündigung der Verfassung, nämlich am 20. August 1919, die Ausübung des Oberbefehls dem damaligen Reichswehrminister übertragen, sich aber zugleich dabei noch die Erteilung unmittelbarer Befehle vorbehalten. Das bezieht sich darauf, daß die deutsche Reichswehr ja im wesentlichen Polizeitruppe ist, für einen Krieg gegen eine auswärtige Macht selbst im Falle einer Defensive so gut wie hilflos ist. Gerade aber für die Verwendung der Reichswehr als Polizeitruppe mußte sich der Präsident diese Erteilung unmittelbarer Befehle vorbehalten, weil er laut § 48 der Verfassung der Träger der Exekutive ist. Als diese Aufgabe nun bei einer allmählichen Beruhigung im Innern Deutschlands nicht mehr so drängend war, die rein militärischen Aufgaben der Ausbildung und Durchbildung unseres kleinen Heeres stärker in den Vordergrund rückten, hat Ebert den gesamten Oberbefehl ohne jede Einschränkung durch Verordnung vom 8. November 1923 — am Tage des Münchener Novemberputsches — dem Chef der Heeresleitung, nämlich dem General v. Seeckt, übertragen und infolgedessen nicht nur sich, sondern auch den Wehrminister ausgeschaltet.

Wahrscheinlich wird der neue Reichspräsident bei seinem Amtsantritt seine Stellung als Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht wieder auch formell übernehmen, ohne daß darin von irgendeiner Seite ein Mißtrauensvotum gegen den verdienstvollen General von Seeckt erblickt zu werden braucht und von diesem auch zweifellos nicht erblickt wird. Man hat Veranlassung, auf diese Dinge etwas einzugehen, weil das Gerücht entstanden ist, Seeckt beabsichtige, im Falle einer Wahl Hindenburgs zurückzutreten, ein Gerücht, das, wie gesagt wird, mehr aus den Absichten einiger höherer Reichswehroffiziere stammen soll als aus den Absichten des Generals von Seeckt, dem es alles andere als schwerfallen wird, wieder unter dem Befehl des Generalfeldmarschalls zu stehen.

Der Amtsantritt des Herrn Reichspräsidenten bringt aber nun auch die Benachrichtigung seiner Wahl an die Regierungen des Auslandes, wozu den ersten Akt der Empfang der in Berlin akkreditierten Gesandten und Botschafter durch Hindenburg bildet. Man wird auf die zweifellos höflichen, aber doch wohl mehr oder minder freundlichen Antworten gespannt sein, die von den auswärtigen Regierungen einlaufen werden, namentlich — im Hinblick auf gewisse Äußerungen Briands — aus Frankreich.

Und ein weiterer Schritt, der bald nach dem Amtsantritt erfolgen wird, ist die geplante Amnestie, die diesmal wohl auch wieder auf bestimmte Kategorien namentlich politischer Vergehen sich erstrecken wird. Grundsätzlich hat zwar der Reichspräsident das Begnadigungsrecht, allerdings nur in solchen Fällen, wo das Reichsgericht in erster und letzter Instanz entschieden hat, während Reichsamnestien im Gegensatz zu den Zeiten der Monarchie jetzt eines Reichsgesetzes, d. h. also der Zustimmung des Reichsrates und Reichstages bedürfen. Man kann über diese Wirkung einer solchen Amnestie schon deswegen geteilter Meinung sein, weil sie schon ein paar Dutzend Male gemacht worden ist, dabei aber keinesfalls den zu wünschenden Erfolg, nämlich eine politische Beruhigung, erreicht hat.

Rasch werden die Feierlichkeiten der Amtsübernahme verrauscht sein, dann beginnt die Arbeit, beginnt das stille Wirken des neuen Reichspräsidenten und damit die Entscheidung darüber, welche Früchte die Wahl vom 26. April tragen wird.

*

Hindenburgs Wahl für gültig erklärt.

Das Wahlprüfungsgericht zur Prüfung der Reichspräsidentenwahl hat beschlossen, die am 26. April erfolgte Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten für gültig zu erklären. Die vorgebrachten Beschwerden hätten, auch wenn ihre Richtigkeit bewiesen werde, das Ergebnis der auf den Generalfeldmarschall von Hindenburg entfallenen Mehrheit nicht ändern können. Infolgedessen ist die Wahl für gültig erklärt worden.

Das Wahlprüfungsgericht erachtete, wenn es auch die Beanstandungen gegen die Wahl des Präsidenten als unerheblich für den Ausfall ansah, eine Anzahl Protestpunkte für so schwerwiegend, daß es diese Beschwerden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Prüfung und Veranlassung überwiesen hat.

*

Einzugsfeierlichkeiten.

Berlin, 9. Mai.

Die Reichsregierung hat beschlossen, daß am Tage der Vereidigung des neuen Reichspräsidenten, am 12. Mai, die Reichsbehörden im ganzen Reich flaggen, und ist wegen entsprechenden Vorgehens der Landes- und Kommunalbehörden mit den Landesregierungen in Verbindung getreten. Die preußische Staatsregierung hat bereits verfügt, daß am Tage der Vereidigung alle preußischen staatlichen und kommunalen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben flaggen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert die Bevölkerung der Reichshauptstadt auf, am Tage der Vereidigung ihre Häuser mit den schwarz-rot-goldenen Fahnen des Reiches und der Republik zu schmücken.

Das Berliner Polizeipräsidium macht bekannt: „Verschiedene Vereine sollen die Absicht haben, zu der Spalierbildung am 11. Mai bei der Einfahrt des neugewählten Reichspräsidenten Waffen mitzubringen. Der stellvertretende Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die dadurch heraufbeschworenen Gefahren für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit die Anweisung gegeben, daß Vereine oder Verbände, bei denen Mitglieder mit Waffen irgendwelcher Art offen oder versteckt sich einfinden, sofort von der Beteiligung ausgeschlossen werden müssen."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Konflikt zwischen Reichsbahn und Verkehrsministerium.

Zwischen der Reichsbahn und dem Reichsverkehrsministerium ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Reichsbahngesellschaft weigert sich, die vom Reichsverkehrsminister angeforderte Auskunft über die abgebauten Beamten der Reichsbahnverwaltung zu geben, die vom Reichstagsausschuß zur Überwachung der Durchführung der Personalabbauverordnung zur Behandlung einer Petition dieser Reichsbahnbeamten benötigt wurde. Der Ausschuß legt gegen das Verhalten der Reichsbahngesellschaft Verwahrung ein und ersucht den Reichstag, die zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Reichsbahnbeamten notwendigen Schritte zu beschließen.

Das Stargarder Eisenbahnunglück vor dem Schiedsgericht.

Der dänische Generalkonsul hat das Deutsch-Polnisch-Danziger Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr auf Montag, den 11. d. M. einberufen. Die deutsche Regierung wird bei dem Termin durch den Sachwalter Generalkonsul von Dirksen vertreten sein.

Vereinbarung über die Besatzungskosten.

Zur Durchführung des im Londoner Schlußprotokoll angenommenen Sachverständigenplanes, der bestimmt, daß die Jahreszahlungen Deutschlands seine gesamten Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, insbesondere also auch alle Kosten aller Besatzungsarmeen mitumfassen, haben seit Monaten zwischen bevollmächtigten Vertretern der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz Verhandlungen über die finanzielle Regelung der Leistungen aus dem Rheinlandabkommen stattgefunden und zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt. Das Abkommen enthält eine vertragliche Feststellung der Leistungen, die Deutschland auf Grund des Rheinlandabkommens an die alliierten Besatzungsarmeen zu leisten hat; Vereinbarungen von Bewertungsgrundsätzen, die für die Berechnung dieser Leistungen auf die Annuitäten des Sachverständigenplanes maßgebend zu sein haben, und die Vereinbarung eines völlig paritätischen Verfahrens, das die Bewertung regelt.

Der Todessturz Pöhners.

Zu den Gerüchten, daß der frühere Polizeipräsident von München das Opfer eines politischen Attentats geworden ist, wird mitgeteilt, daß die Todesursache Platzen des Herzbeutels und innere Verblutung war. Ob ein strafbares Verschulden vorliegt, ist noch nicht endgültig festgestellt.

Nordamerika.

× **Präsident Coolidges Friedensbestrebungen.** In einer Rede an die Zöglinge der Hochschulen sagte Präsident Coolidge u. a.: Unsere Nation hat nicht nur die große Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Wohlfahrt und Machtstellung, sondern muß auch ihr möglichstes dazu beitragen, die Nationen und Völker in ihren Friedensbestrebungen zu unterstützen. Derselbe Geist, der den Grundsatz von Recht und Freiheit für die großen Nationen aufstellte, wird endlich auch Einrichtungen finden, durch die die internationalen Beziehungen auf dieselben sicheren Grundlagen gestellt werden.

Preußens innere Politik.

n. Berlin, 10. Mai.

Das Preußenhaus hat über das Schicksal des Kabinetts Braun entschieden, das Mißtrauensvotum ist abgelehnt und Ministerpräsident Braun bleibt mit seinen Amtskollegen an der Regierung. Die Abstimmung selbst hat sich bei genauer Feststellung in den Zahlen noch etwas verschoben, es wurden für den Mißtrauensantrag 214, dagegen 222 Stimmen abgegeben. Daß eine derartige geringe Mehrheit von acht Stimmen nicht ausreicht, um eine Stabilität der Verhältnisse zu bringen, ist einleuchtend. Jeder kleine Zufall kann dieses Übergewicht der Regierung umwehen. Die Dinge würden also heute genau auf dem alten Fleck wie vor den Wirrungen der letzten Monate stehen, wenn nicht nach bestimmt auftretenden Informationen zwischen den Parteien auch nach der erfolgten Abstimmung weiter verhandelt würde, um der Regierung Tragfähigkeit zu geben. Ministerpräsident Braun beabsichtigt anscheinend nicht, selbst die Initiative zu ergreifen, sondern will den Parteien den Weg überlassen, der zu einem Ergebnis führen könnte. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum soll sich nach der Ansicht des Ministerpräsidenten erübrigen. Kurz vor der Freitagssitzung schienen die Parteiverhandlungen auf einem Punkte angelangt zu sein, der die Lösung in der Bildung einer Großen Koalition zu versprechen schien. Danach sollte das sogenannte Sammelkabinett aus zwei sozialdemokratischen Parlamentariern, zwei Zentrumsabgeordneten, einem Demokraten, zwei deutschnationalen Beamtenministern und einem solchen von der Volkspartei bestehen. Diese Kombination wurde aber von den Deutschnationalen nach einer langen Beratung abgelehnt, auch bei den Sozialdemokraten schien keine große Geneigtheit für diesen Plan zu bestehen. So kam es also zur Abstimmung im Landtage selbst. Wie gesagt, die Verhandlungen werden nun weiter fortgeführt, ob es aber zu einem alle Teile befriedigenden Resultat kommen wird, läßt sich heute noch nicht absehen, ebensowenig, ob schließlich nicht die Landtagsauflösung doch als einziges Befreiungsmittel aus dem schwankenden Zustand der letzten Zeit angesehen werden muß.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Gemäß einer zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Rheinlandkommission getroffenen Abmachung werden die seit 1918 bzw. 1919 in Karlsruhe, Rheinau und im Mannheimer Mühlau-Hafen stationierten französischen Schiffskontrollposten ab Sonnabend, den 9. Mai 1925 zurückgezogen.

Paris. Das in Bonn liegende Bataillon des dritten algerischen Schützenregiments ist zur Verstärkung der französischen Truppen nach Marokko eingeschifft worden.

London. Asquith wird am 18. Mai im Unterhaus die Regierung um weitere Mitteilungen über die Frage der Besetzung Kölns ersuchen und Vorlage von Akten beantragen.

Deutscher Reichstag.

(56. Sitzung.) CB. Berlin, 9. Mai.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums erstattete Abg. Dr. **Wienbeck** (Dtn.) den Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über Handwerker- und Mittelstandsfragen. In einem Ausschußantrag wird die Regierung ersucht, dem Reichstage einen die Berufsorganisationen des Handwerks behandelnden Gesetzentwurf beschleunigt vorzulegen. Weiter wird eine Prüfung der Frage verlangt, ob die Preistreibereiverordnung nicht aufgehoben werden könnte.

Abg. **Mentzel** (Dtn.) betonte, das Handwerk habe zum Minister Neuhaus Vertrauen, daß er dem Handwerk und Gewerbe die nötige Förderung zuwenden werde. In der Handwerkerberufsausbildung bleibe das Wichtigste die Meisterlehre. Das Handwerksorganisationsgesetz, auf das die Beteiligten schon vier Jahre warten, müsse schleunigst vorgelegt und dem Handwerk Gelegenheit gegeben werden, vorher dazu Stellung zu nehmen.

Abg. **Esser** (Ztr.) wies darauf hin, daß die Handwerkskammern in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken können. Die künftige Organisation des Handwerks müsse sich eng an die staatlichen Einrichtungen anlehnen und sich frei von jeder politischen Tendenz halten. Für Handwerk und Kleingewerbe sei Kredithilfe notwendig. Die Hauptsache sei aber die Selbsthilfe.

Abg. **Bartschat** (Dem.) stellt mit Genugtuung fest, daß in der letzten Zeit bei den Eltern die Neigung gewachsen sei, die Söhne der Handwerkslehre zuzuführen. Bei dem durch die Inflation verschuldeten Mangel an Betriebskapital könne das Handwerk heute gar nicht mehr mit vielen Außenständen arbeiten. Der Minister sollte endlich sich über die von anderen Stellen ausgehenden Widerstände hinwegsetzen und das Handwerksorganisationsgesetz schleunigst herausbringen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus

wies auf die bevorstehenden handels- und zollpolitischen Debatten im Reichstag hin. Bei der Zolltarifnovelle, die jetzt in endgültiger Fassung vorliege, handle es sich um eine Übergangslösung, um ein Handelsvertragsinstrument. Die Entscheidung über die deutsche dauernde zollpolitische Einstellung könne erst bei Vorliegen des endgültigen Zolltarifes fallen. Schon in den nächsten Tagen werde bei den deutsch-französischen Verhandlungen in die Endberatung über die künftige Eisen- und Textilregelung eingetreten werden. Bei den deutsch-italienischen Verhandlungen sei mit einem Abschluß für Mitte Mai zu rechnen. Nach Annahme der zolltarifischen Novelle dürfte dann nunmehr der endgültige Handelsvertrag zustande kommen. Für die deutsche Wirtschaft werde die in Aussicht stehende Rückkehr zur englischen Schutzzollpolitik in einzelnen Industriezweigen besonders drückend empfunden werden. Es lägen Symptome vor, die bereits auf eine allgemeine

Besserung der deutschen inneren Wirtschaftsverhältnisse

hinweisen. Der Minister verwies auf die Entspannung des

Arbeitsmarktes, die Entwicklung des Warenmarktes, die Steigerung des Warenumlaufs und der Produktion. In steigendem Maße fände auf dem Weltmarkt heute wieder ein verstärkter Konkurrenzkampf statt, der besonders durch den Wettbewerb von Ländern mit sinkender Valuta verstärkt werde. Der Minister begrüßte die Wiedereinsetzung der Golddiskontbank, die gerade dem deutschen Ausfuhrhandel Erleichterung bringen solle, und besprach dann die Notwendigkeit einer wirksamen Beeinflussung des allgemeinen Preisniveaus. Das Reichswirtschaftsministerium werde sich, wo es immer könne, für eine Senkung der Posten einsetzen, die die gesamten Unkosten der deutschen Wirtschaft belasten. Es werde in diesem Sinne bei der

Gestaltung der Frachttarife und dem Umbau der Steuergesetzgebung

mitwirken. Von Bedeutung werde eine für die Kohlen in Aussicht genommene Änderung der Eisenbahntarife sein, die schon in den nächsten Tagen in Kraft treten solle. Der Minister wies dann darauf hin, daß die Verhandlungen zur Behebung der Kreditnot des gewerblichen Mittelstandes im wesentlichen abgeschlossen seien. Nach Durchführung dieser Kreditaktion werde die Frage einer besseren Ausgestaltung des ganzen mittelständischen Kreditwesens geprüft werden. Der Entwurf einer Handwerksorganisation sei den Ländern bereits zur Stellungnahme zugestellt worden. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sei ebenfalls fertiggestellt. Der Entwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat werde schon in naher Zeit zur Diskussion stehen.

Abg. Koenen (Komm.) verlangt im Interesse des Mittelstandes die Beseitigung sämtlicher Verkaufssteuern, besonders der Umsatz- und Gewerbesteuer.

Abg. Loib (Bayer. Vp.) verlangte Kredite für den gewerblichen Mittelstand und die Errichtung eines besonderen Staatssekretariats für das Handwerk.

Abg. v. Raumer (D. Vp.) weist auf die Verhandlungen mit Italien, Polen und Frankreich hin, die ohne Schaffung eines Zolltarifs nichts vorwärtsgehen könnten. Bei vorläufigen Abkommen seien wir immer die Leidtragenden. Größte Beschleunigung sei also nötig. Die Preistreibereiverordnungen müßten endlich verschwinden.

Reichswirtschaftsminister Dr Neuhaus stimmte dem Vorredner bezüglich des Zolltarifs zu. Bei den Staatsaufträgen solle das notleidende besetzte Gebiet in erster Linie berücksichtigt werden.

Das Haus vertagt sich auf Montag.

Preußischer Landtag.

(37. Sitzung.) tt. Berlin, 9. Mai.

Das Haus, das gestern nach der Ablehnung des Mißtrauensvotums gegen das Kabinett Braun noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt hatte, überwies heute eine Anzahl Anträge über Wasser- und Deichbauten den Ausschüssen. Ebenso wird der Ausschußberatung überwiesen der deutschnationale Antrag auf Abstandnahme von der Errichtung eigener Wasserstraßenbehörden des Reiches in der Provinzial- und Ortsinstanz, sowie der Antrag des Zentrums, wonach den Ländern das Mandat zur baulichen Verwaltung und zum Betriebe der Reichswasserstraßen erteilt werden soll. Dann wandte man sich wieder der Beratung der Novelle zum

Schutzpolizeibeamtengesetz

zu. Abg. Stieler (Ztr.) bedauert, daß die Schutzpolizei in die parteipolitischen Kämpfe hineingezogen würde. Daß in einzelnen Industriestädten eine erhebliche Verstärkung der Polizei erforderlich sei, habe besonders darin seinen Grund, daß durch das schnelle Anwachsen der Städte im Industriegebiet der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sich immer schärfer gestaltet habe, und daß sich infolgedessen immer wieder größere Unruhen einstellten.

Abg. Dr. Körner (Deutschvölk.) hält die Entwürfe für geeignet, die wirtschaftliche Sicherung der Zukunft der Schutzpolizeibeamten zu gewährleisten, wenn die vom Ausschuß vorgeschlagenen Änderungen angenommen würden. Die Anstellung und Beförderung der Schutzpolizeibeamten dürfe sich nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten richten.

Abg. Marckwald (Soz.) weist Vorwürfe gegen die Regierung wegen der Ernennung sozialdemokratischer Nichtfachleute wie Richter und Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin als unbegründet zurück.

Abg. Borck (Dtn.) spricht seine Befriedigung über die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Stieler aus. Die Schupo muß wirtschaftlich so unabhängig gestellt werden, daß sie allen Versuchungen, namentlich in der Großstadt, widerstehen kann. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Kasper (Komm.) sagt, seine Partei sei die einzige, die ihre Anträge zur Verbesserung der Besoldungen der Schupo nicht zurückgezogen habe. Die Schupo müsse zum Anschluß, nicht zum Abschluß von der Bevölkerung erzogen werden.

Nach weiterer Debatte werden die Vorlagen nach den Ausschußanträgen angenommen, ebenso der Entwurf über die Abfindung von Inhabern des Polizeiversorgungsscheins und der Ausschußantrag über die Beförderungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten. Auch in dritter Beratung werden die Vorlagen angenommen und somit endgültig verabschiedet.

Die deutschnationalen Anträge auf Einrichtung von Begabtenklassen an Volksschulen werden an den Ausschuß zurückverwiesen, die Verlängerung des Kommunalabgabengesetzes auf ein Jahr wird in zweiter Lesung angenommen und dann die Sitzung auf Montag vertagt.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Gesamtleistung 630 851 000 Goldmark.

Berlin, 10. Mai.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen veröffentlicht einen Bericht über die Einnahmen und Zahlungen im Monat April dieses Jahres und im ersten Annuitätenjahr bis zum 30. April deises Jahres. Danach sind eingenommen in runden Zahlen im Monat April: An Einzahlungen aus dem Ertrag der auswärtigen Anleihe 1924 sowie aus Kursdifferenzen und Zinseinnahmen 59 930 000 GM. Im ersten Annuitätenjahr bis zum 30. April 1925 aus denselben Quellen, ferner aus Zahlungen der deutschen Reichsbahngesellschaft und Zinsen auf Reparationsbonds für ein halbes Jahr bis zum 28. Februar 1925 sowie aus Einnahmen von Belgien und Luxemburg 640 010 000. An Zahlungen sind geleistet im Monat April: An oder auf Rechnung von England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland 71 120 000, ferner für Ausgaben an die Repko, die rheinländische Oberkommission, die Militär- und Marinekontrollkommissionen, für Zinsendienst der deutschen auswärtigen Anleihe und für Verwaltungskosten des Reparationsbureaus 4 344 000, zusammen 75 464 000. Im ersten Annuitätenjahr bis zum 30. April dieses Jahres sind geleistet an Zahlungen an oder auf Rechnung der genannten Länder 560 001 000, für Kohlen, Transport usw. nach Belgien und Luxemburg 10 376 000, die dem Generalagenten zurückerstattet werden und für die übrigen im Aprilbericht aufgeführten Konten 60 471 000. Insgesamt sind an Zahlungen geleistet 630 851 000 GM.

Deutschlands Anspruch auf Kolonialarbeit

Eine Interfraktionelle Koloniale Vereinigung.

Im Reichstag fand eine Besprechung von Abgeordneten aller Fraktionen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen statt, in der Deutschlands Anspruch auf Mitwirkung an der Kolonialarbeit der Kulturvölker mit aller Entschiedenheit betont wurde. Der letzte Reichskolonialminister Dr. Bell referierte über die Notwendigkeit und die Ziele eines interfraktionellen Zusammenschlusses der an der kolonialen Arbeit interessierten Mitglieder des Reichstages. Nach einer allgemeinen Aussprache wurde eine „Interfraktionelle Koloniale Vereinigung des Reichstags" gegründet. Die weiteren vorbereitenden Schritte für die praktische Arbeit dieser Vereinigung wurden einem engeren Ausschuß übertragen.

Wiens größte Anschlußkundgebung.

Anläßlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande.

Wien, 10. Mai.

Der von den nationalen Verbänden Wiens anläßlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande veranstaltete Fackelzug gestaltete sich zur größten Anschlußkundgebung, die Wien seit den Umsturztagen gesehen hat. Fast 25 000 Fackelträger zogen in mehreren Zügen von den verschiedenen Aufstellungsplätzen auf den Heldenplatz vor der Hofburg. Über eineinviertel Stunden dauerte der Aufzug der einzelnen Vereinigungen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die an den Reichspräsidenten von Hindenburg, den Deutschen Reichstag, den Reichskanzler, die großen Rheinlandstädte Köln, Aachen, Trier, Mainz, Düsseldorf sowie an den Rheinländischen Provinziallandtag und den Preußischen Landtag abgesandt wird.

In der Kundgebung wird u. a. gesagt: „Das deutsche Volk der Ostmark nimmt aus tiefstem Herzen Anteil an der bedeutsamen Feier, um so mehr, als unser Schicksal unmittelbar mit dem des Deutschen Reiches verknüpft ist. In Not und Tod hat das deutsche Volk Österreichs unverrückbar an dem großen Gedanken der Heimkehr aller abgetrennten Volks- und Gebietsteile an das Mutterland festgehalten. Wir erneuern in diesen Tagen der Festesstimmung vor der gesamten Welt unser Bekenntnis der unverrückbaren Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme. Schon heute fühlen wir uns mit dem Geist und mit dem politischen Geschick des Deutschen Reiches verbunden und vertrauen darauf, daß es unter der Führung des neuen Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg den Weg zur Freiheit und zu neuer Größe wiederfinden wird."

Der Pariser Ministerrat.

Weitere Verzögerung der Entscheidung.

Paris, 10. Mai.

Über die wichtigen Beratungen des Ministerrats ist, wie zu erwarten war, so gut wie nichts bekannt geworden. Sicherheitsfrage, deutsche Abrüstung und Kölner Zone werden im offiziellen Communiqué über den Ministerrat mit keinem Wort erwähnt. Es ist aber sicher, daß diese Fragen besprochen wurden. Briand selbst hat es beim Verlassen des Elysees den Pressevertretern bestätigt mit dem Bemerken, diese Fragen würden am Dienstag auf neue vor den Ministerrat kommen. Diese spärliche Auskunft Briands bestätigt die gestrige Meldung, nach der Frankreich versuchen wird, bis zum Dienstag zu einer Verständigung mit England über diese Fragen zu gelangen.

Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß der letzte Ministerrat sich in erster Linie mit der Sicherheitsfrage beschäftigt hat, zu deren Erörterung er übrigens hauptsächlich einberufen war. Das „Journal des Debats" will wissen, daß England sich damit einverstanden erklärt hat, auf eine Anhörung deutscher Vertreter über die noch nicht geregelte Entwaffnungsfrage zu verzichten. Briand schlage nunmehr vor, die von Deutschland auszuführenden Maßnahmen in drei Gruppen zu teilen und als Schlußtermin für die Ausführung den 1. Juni, den 1. Juli und den 1. August festzusetzen. In der Zeit vom 1. bis 15 August soll dann festgestellt werden, ob Deutschland die Maßnahmen ausgeführt hat. Sobald dies geschehen ist, werden das Ruhrgebiet und die drei Rheinhäfen vom 15. August ab geräumt.

Der französische Antwortentwurf auf das deutsche Garantieangebot ist annähernd ausgearbeitet. Die Abendblätter glauben zu wissen, daß Briand an dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund festhält, daß aber die Verhandlungen vorläufig fortgesetzt werden; doch müsse der Unterzeichnung des Paktes die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorausgehen. Das Dokument wurde von Berthelot und dem Sekretär der Botschafterkonferenz Massigli unter der Aufsicht Briands teilweise umgearbeitet. Auch der französische Gegenentwurf zu dem englischen Memorandum in der Abrüstungsfrage wurde von Massigli, dem Direktor der politischen Abteilung Laroche und dem General Desticker bearbeitet.

Politischer Mord in Wien.

Die Schüsse während der Peer-Gynt-Vorstellung.

Bei der Peer-Gynt-Aufführung im Wiener Burgtheater ereignete sich ein aufregender Vorfall. In einer Loge saß die Mazedonierin Kalinciu in Gesellschaft dreier Mazedonier, darunter eines gewissen Arnautovic. Sie führten während der Vorstellung ein politisches Gespräch, das oft so laut wurde, daß die Nachbarn zur Ruhe mahnen mußten. Während des dritten Aktes ertönten plötzlich kurz hintereinander drei Schüsse. In der Loge fand man Arnautovic tot vor, während zwei andere Logenbesucher Verletzungen erlitten hatten. Frau Kalinciu wurde verhaftet und auf die Polizei gebracht. Sie gibt an, daß der von ihr erschossene Mazedonier ein Polizeispitzel gewesen sei, der einige ihr nahestehende Personen an das mazedonische Komitee verraten hätte. Im Theater herrschte begreiflicherweise große Aufregung. Erst nach einer halben Stunde konnte die Vorstellung fortgesetzt werden.

Die Attentäterin, Manzia Kalinciu, ist 26 Jahre alt und in Kronnowo in Mazedonien geboren. Der von ihr Getötete war ihr Landsmann, nach seinem Paß Todor Arnautovic dessen Namensvetter, ein mazedonischer Führer, vor etwa zehn Jahrzehnten in Sofia den bekannten Leiter der mazedonischen Bewegung, Boris Sarafow, erschoß. Manzia Kalinciu erklärte jedoch, der Name des von ihr Ermordeten sei ein falscher, auch sein Paß sei gefälscht. Der wahre Name des Getöteten sei Todor Panicza. Ferner wurde festgestellt, daß die beiden Schwerverwundeten die Freundin des Dimitri Arnautovic (alias Panicza), Katharina Izmerliva, und deren Freund Janej Bogadinow sind. Katharina Arnautovic ist so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 12. Mai 1925.

☐ **Die Fahrpreisermäßigung für Rompilger.** Das Anno-Santo-Komitee teilt mit, daß entgegen den bisherigen Nachrichten die alten Eisenbahntarife mit einer 40- bis 50 prozentigen Ermäßigung nur für Gruppen über 400 Personen zur Anwendung kommen, während bei anderen Pilgern die Ermäßigung von 30% auf der Basis der erhöhten Tarife berechnet wird.

20

Herabgestiegen.

Roman von E. Sierra.

(Nachdruck verboten.)

„Es reicht ja auch — aber Wilms Krankheit — Tante — er würde wieder ganz gesund werden. Denk Dich an seine Stelle —".

Aber die robuste, kräftige Frau blieb bei dieser Vorstellung ganz ungerührt: „Mein Gott ich möchte auch nach dem Süden. Ich war noch nie dort. Denn ich hielt es immer für meine vornehmste Pflicht, die Zukunft meiner Tochter sicher zu stellen."

Wilma tastete nach der Hand der Tante und streichelte die knochigen Finger: „Nur leihen, Tante! In einem Jahr kann ich über mein Geld verfügen und gebe es dir mit Zins und Zinseszins zurück. Sechs, sieben, acht Prozent — so viel du willst —"

Das war immerhin eine andere Sache und für die Tochter des Schöneberger Bauern fing die Sache jetzt erst an diskutabel zu werden. Sie lenkte vorsichtig ein: „Wenn ihr mir ein Attest des Arztes brächtet — — so ließe sich die Sache in Erwägung ziehen. Du weißt, wir alle setzen große Hoffnungen auf den Jungen. Mit seinem Konnexionen und seinem Namen ist ihm die diplomatische Karriere sicher. Niemand soll sagen, daß ich ihm zur Erleichterung seines Zieles nicht behilflich gewesen wäre. Vor allen Dingen muß er aber erst verständigt werden. Schick' ihn mir nur einmal her. Er muß mir versprechen, die Liebelei mit dieser Person in eurem Hause zu lassen. Annemarie erzählt da mancherlei, was mir gar nicht gefällt. Mach' es dir nur klar, Kind: Ihr steht jetzt auf der Kippe. Für Deklassierte habe ich nichts übrig."

Die letzten liebenswürdigen Worte verhallten ungehört. Der Inhalt eines Satzes hatte Wilma für alles Folgende unempfindlich gemacht.

Wie Schuppen fiel es ihr von den Augen. — — Ja, die Tante hatte recht: Wilm war verliebt. Nein, nicht verliebt, es wurde ihr grausam klar, er liebte mit dem ganzen Feuer und der ganzen Intensivität seines jugendwarmen Herzens. Wenn sie seiner strahlenden Augen gedachte, seiner geheimen, oft kaum zu verstehenden Seligkeit, seiner gelegentlichen geistigen Abwesenheit, begriff sie ihre Blindheit nicht. Er liebte, liebte eine andere . . . und sie, die jeden Tropfen Bluts ohne mit der Wimper zu zucken hingegeben hätte, war aus seinem Herzen verdrängt. Eine Fremde, die er vor Jahresfrist kaum gekannt, galt ihm mehr, als sie. Eine verzerrende Eifersucht, gemischt mit einem Gefühl von Weltüberdruß quoll mächtig in ihr empor und richtete sich mit dem wilden Aufbäumen eines tiefen Schmerzes gegen diejenige, die ihr die Augen geöffnet hatte und gab ihr die Worte ein, die sie fast besinnungslos der Tante ins Gesicht schrie:

„Gib dir keine Mühe —Wilm will dein Geld nicht, denn deine Annemarie heiratet er darum doch nicht! "

Dann machte sie kehrt und floh ,erschreckt vor ihren eigenen Worten, die ihr durch das Schweigen, das diesseits und jenseits der Portiere lastete, noch furchtbarer erschienen, aus dem Zimmer. —

7. Kapitel.

Die nächsten Tage verbrachte Wilma in einer ungeheuren Aufregung. Schmerz und Erbitterung nisteten sich bei ihr ein und ließen sie alles in einem verkehrten Licht sehen.

Wie hatte Erika ihr das antun können!

Unter der Maske der Freundschaft hatte sie ihr des einzigen Bruders Herz gestohlen und hatte sie bettelarm gemacht.

Daß ihr auch nie der geringste Argwohn gekommen!

Die Enge der Verhältnisse hatte ihr den Bruder so zu eigen gemacht, daß sie mit einer Loslösung auf diesem Wege nicht gerechnet. An eine Heirat konnte er ja auch jetzt noch nicht denken. Eine Verlobung auf unabsehbare Zeit! Entsagung auf allen Ecken und Enden! War das ein Glück?

Wenn er jetzt herauskäme . . . ? Wenn er sich dort unten im Süden in den altgewohnten Kreisen bewegte, wenn er sich von dem altgewohnten Komfort umgeben sah . . . würde ihm dann die Liebelei mit der armen Lehrerin nicht gerade so unmöglich erscheinen, wie jetzt der Tante? Zum mindesten wäre es eine Prüfung . . .

Aber dazu gehörte Geld, Geld und wiederum Geld!

Immer schärfer und peinigender kam es ihr ins Bewußtsein, daß sie sich der einzigen Möglichkeit, dies zu erlangen, durch ihre vorschnellen Worte beraubt hatte.

Wenn sich der Herbstwind mit wildem Brausen gegen die Fenster warf, daß die Scheiben klirrten, wenn Wilm blaß, fröstelnd und hüstelnd nach Hause zurückkehrte und ohne Rücksicht auf seine Gesundheit die ganze freie Zeit am Schreibtisch zubrachte, dann wurden die Selbstvorwürfe ihr so groß, daß sie zu einem Entschluß drängten.

Ja, sie wollte gut machen, was sie gefehlt! Sie wollte sich der Tante zu Füßen werfen und sie um Verzeihung bitten.

Als ein ungemütlich, nebelkalter Novembertag mit seinem undurchsichtigen Atem über Berlin lastete und den kleinen Hof so ausfüllte, daß man nicht einmal die gegenüberliegende Fensterreihe sah, schien er Wilma geeignet für ihren schweren Gang nach Kanossa.

Mit unsicher schwerfälligen Schritten, wie eine alte Frau, stieg sie die Treppen hinunter.

Sie erschauerte, als sie auf die Straße hinaustrat. Trotz der Vormittagsstunde lag alles um sie herum wie in abendlichem Dunkel. Aus den Fenstern leuchtete Lichtschein. Die Straßenlaternen brannten. Und die elektrischen Bahnen kündeten dem Ohr ihr Erscheinen schon an, ehe das Auge die Lichter gewahrte. Wie glühende Augen tauchten Automobile aus dem Dunkel auf, um sofort wieder zu verschwinden.

In diesem düsteren Großstadtbild mußte sich der einzelne noch vereinsamter vorkommen. Heute empfand Wilma dies als eine Wohltat; aber einige unvermutete Anrempelungen überzeugten sie, daß diese Einsamkeit nur illusorisch war.

„O — Pardon!" Ein großer schlanker Herr, der sie in der Eile fast überrannt hätte, lüftete entschuldigend den Zylinder. Einen Moment lagen seine Augen auf dem traurigen, jungen Gesicht. Dann hatte ihn der Nebel verschlungen.

In demselben Augenblick stieß Wilmas Fuß einen weichen Gegenstand vor sich her. Sie sah danach und erkannte eine Brieftasche aus rotem Juchten. Sie hob sie auf und sah sich suchend um.

Es war niemand zu sehen.

Aber da die Tasche noch ganz trocken war, konnte eigentlich nur der Herr mit dem Zylinder als Verlustträger in Frage kommen.

Wilma wandte sich, um ihn einzuholen und ihm seinen Besitz wieder zuzustellen.

Da fiel ihr Auge auf ein bräuliches Papier, das aus einer der Tasche herausah.

Ihre Augen weiteten sich vor Staunen — ein — nein! Zwei Tausendmarkscheine.

Ein leichter Schreck befiel sie angesichts dieser Summe.

(Fortsetzung folgt.)

Spiel und Sport.

Sp. **Breitensträter—van der Veer unentschieden.** Der Hauptkampf des Vorabends im Berliner Sportpalast, der Hans Breitensträter und den holländischen Schwergewichtsmeister Piet van der Veer in den Ring brachte, verlief außerordentlich zahm. Breitensträter griff, obwohl sein Gegner 28 Pfund mehr wog, in den ersten Runden an, doch konnte er keinen schweren Schlag landen. Von der sechsten Runde ab wurde der Holländer besser. Nach zwölf Runden gab das Schiedsgericht den Kampf unentschieden. — Vorher siegte Edu Schmidt gegen den schwedischen Federgewichtsmeister Axel Kvist nach Punkten, ebenso Dieckmann gegen den Holländer Ted Zeegward. Der deutsche Weltergewichtsmeister Grimm und der französische Titelinhaber Prunier boxten zehn Runden unentschieden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Freispruch im Mordprozeß Fritsche.** In dem Geraer Giftmordprozeß gegen Frau Landgerichtsrat Dr. Fritsche aus Altenburg wurde eine Reihe von Entlastungszeugen gehört, die der Frau Dr. Fritsche sämtlich ein glänzendes Zeugnis ausstellten. Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plädoyer die Freisprechung der Angeklagten. Das Gericht sprach die Angeklagte wegen erwiesener Unschuld frei.

§ **Gefängnis wegen Beleidigung des Staatspräsidenten.** Das Große Schöffengericht Stuttgart hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Schumacher wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Bazille zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, Bekanntgabe des Urteils in der Presse und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Beleidigungen wurden in einer Artikelreihe erblickt, die im Juni 1923 erschienen ist. Der württembergische Landtag hatte für diese Zeit die parlamentarische Immunität des Abgeordneten Dr. Schumacher aufgehoben.

Arbeiter und Angestellte.

Brüssel. (Vor einem Bergarbeiterstreik in Belgien.) Der Bergarbeiterkongreß hat eine Abstimmung über die Frage der Lohnverminderung veranlaßt, die folgendes Ergebnis hatte: 40 538 Stimmen wurden für und 3 379 gegen einen Streik abgegeben. Der Streik ist also unvermeidlich, wenn die Arbeitgeber im letzten Augenblick nicht einlenken.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 9. Mai.

* **Börsenbericht.** Die Börsenwoche schloß wieder sehr ruhig in nicht ganz einheitlicher Haltung. Interventionskäufe der Banken verhinderten im allgemeinen Kursabbröckelungen. Am Markt der inländischen Anleihen war es ziemlich still. Am Geldmarkt ist die Lage im wesentlichen unverändert, tägliches Geld 8,50—10%, monatliches Geld 9,50—11,50%.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,35 bis 20,40; holl. Gulden 168,66—169,08; Danz. 80,75—80,95; franz. Frank 21,85—21,91; belg. 21,18—21,24; schweiz. 81,17—81,37; Italien 17,23—17,27; schwed. Krone 112,18 bis 112,45; dän. 79,22—79,42; norweg. 71,01—71,19; tschech. 12,42—12,46.

* **Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.** Auftrieb: 925 Stück Rindvieh, 173 Kälber, 820 Milchkühe, 17 Zugochsen, 31 Bullen, 57 Stück Jungvieh, 422 Pferde. Verlauf des Marktes: Ruhiges Geschäft, Preise unverändert. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe pro Stück: 1. Qualität 380—540 M., 2. Qualität 250—360 M., 3. Qualität 200—250 M. Ausgesuchte Kühe über Notiz. B. Tragende Färsen: 1. Qualität 250—450 M., 2. Qualität 160 bis 180 M. Ausgesuchte Färsen über Notiz. C. Zugochsen pro Zentner Lebendgewicht: a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder, b) Pinzgauer, c) süddeutsches Scheckvieh, Simmenthaler, Bayreuther 40—48 M. D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen 30—36 M. Ausgesuchte Posten über Notiz. E. Pferdemarkt. Pferde 1. Kl. 1100—1500 M., 2. Kl. 800—1100 M., 3. Kl. 500—800 M., 4. Kl. 200—500 M. Ruhiges Geschäft bei gleichen Preisen.



Wer treu gewirkt
Bis ihm die Kraft gebricht,
Wer liebend stirbt
Ja, den vergißt man nicht.

Heute morgen 5½ Uhr entschlief sanft nach kurzer, scswerer Krankheit unser lieber Vater, Grossvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Landwirt

Julius Vollmann

im fast vollendeten 69. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Dörscheln bei Rönsahl, Schmidthausen, Kierspe-Bhf., Walde b. Halver, Rodt-Müllenbach, Woeste b. Kierspe, Mark b. Kierspe und Lüdenscheid, den 11. Mai 1925.

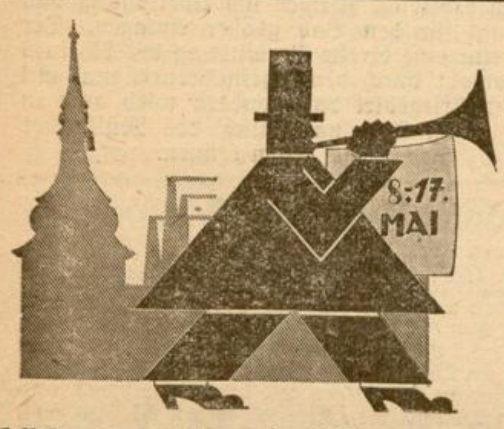
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Mai nachm. 4 Uhr auf dem Friedhof in Rodt-Müllenbach statt.

Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Unter dem Rindvieh-Bestande der Landwirte **Gebrüder Mesenhöller in Neuenhaus** bei Carthausen ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen. Ueber die Ortschaft Neuenhaus ist die Sperre verhängt worden.

Halver, den 9. Mai 1925.

Die Polizeiverwaltung.



Lüdenscheider Verkehrswoche

8. bis 17. Mai 1925.

8. bis 17. Mai:

Schaufensterwettbewerb - Kunstausstellung
(über 400 Gemälde.)

14.: Flugzeugausstellung.

17.: Jahnfeier, - Innungsfestzug
mit historischen Zunftdarstellungen

Westf. Hundezuchtschau.

Während der ganzen Woche

Volksbelustigungen - Konzerte
ausgewählte **Lichtspiele - Theater**
Unterhaltung - Sportkämpfe.

Sonderzüge: 10²⁰ Uhr abends ab Lüdenscheid am 17. nach Hagen und Meinerzhagen, am 14., 15., 16. nach Dahl, Meinerzhagen u. Werdohl.

Hotel zur Post

Lüdenscheid
Haus I Ranges
Bes.: **P. Mohwinkel**

Während der Verkehrswoche
8.—17. Mai:

Täglich

erstklass. Kabarettvorstellungen
(7 Nummern)
im renovierten Festsaal.

Täglich

5 Uhr-Tees Tanzabende
Konditorei
Jazzbandkapelle.

Postkarten

schnell

sauber

billig

Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W.

In unserem

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Geschäftsaufgabe finden Sie weit unter Preis:

Damen-Mäntel
Kostüme
Kleider
Blusen
Röcke

Einige Beispiele:

Damen-Mäntel	jetzt	39.00	24.00	15.00	**9.50**
Röcke u. Blusen	„	11.00	7.00	3.50	**1.50**
Kostüme	„	48.00	36.00	29.00	**24.00**
Anzüge	„	65.00	48.00	36.00	**25.00**
Paletots	„	48.00	36.00	25.00	**18.00**
Hosen	„	12.00	8.00	5.50	**3.50**

Anzüge
Paletots
Loden- und Gummi-Mäntel
Hosen
Knaben-Anzüge

Münch-Berg

Elberfelderstr. 12, I. **Hagen i. W.** Elberfelderstr. 12, I.

Während der Verkehrs- u. Propaganda-Woche

in Lüdenscheid habe ich mich entschlossen dem auswärtigen Publikum ganz hervorragendes in

Schuhwaren

zu bieten.

Herren-Stiefel Rindbox Derbyschnitt Lederausführung	**6.95**	**Damen-Halbschuh** R.-Chevr. Derbyschnitt halbhoher Absatz	**5.75**	**Kinder-Spangenschuh** schwarz und braun 27/30 3.50 21/26	**2.95**
Herren-Stiefel Chevr. Lackkappe schöne beliebte Form rein Lederausführung	**8.50**	**Damen-Spangenschuhe** R.-Chevr. Schiebeschnalle I u. II Spangen gute sol. Lederausführg. . 7.95	**6.50**	**Kinder-Halbschuhe** Schür u. Spange schöne bequeme Form 27/30 5.90 23/26	**4.95**
Herren-Stiefel braun Rindbox weiß gedoppelt spitze Form Restpaare	**10.50**	**Damen-Spangenschuhe** mit rot, lila u. grau Leder raffiniert ausgef. Louis XV. Ans.	**11.50**	**Kinder-Stiefel braun** mit Lackringbesatz 20/22 3.95 18/20	**3.50**
Herren-Stiefel braun Rindbox weiß gedoppelt elegante moderne Ausführung	**14.50**	**Damen-Spangen- und Schnürschuh braun** R Chevr. u. Schnürschuhe schöner beliebter Absatz	**8.50**	**Herrenstiefel** Rindleder in Ia kräftiger Ausführung	**9.75**
Herren-Halbschuhe R.-Chevr. Derbyschnitt solide gute Qualität br. Form 40—42	**7.50**	**Damen-Spangenschuhe braun** Rindbox Gitterstange elegante Aufmachung	**9.75**	**Herren-Arbeitsstiefel** mit kräftigem Beschlag besonders derbe	**9.50**
Herren-Halbschuhe moderne spitze Form gute Ausführung	**10.50**	**Damen-Lackhalbschuhe** erstklassiges Fabrikat, teils Rahmenarbeit Restposten	**9.50**	**Gamaschen,** gewalkt ohne Hinternaht, doppelte Steckfeder, schwarz und braun 8.90	**7.90**
Herren-Halbschuhe braun Rindbox weiß gedoppelt moderne spitze Form	**9.85**	**Damen-Lackspangenschuhe** I u. II u. Gitterspange in guter Ausf. Louis XV Abs. 13.50	**11.95**	**Turnschuhe** mit angegossener Gummisohle 36/48 3.95, 31/35 3.45 27/30	**2.95**
Herren-Halbschuhe braun erstklassiges Fabrikat in allerneuester Farbe	**12.50**	**Kinderstiefel** Rindbox, Derbyschnitt, gepinnt, sehr kräftig 31/35 6.50, 27/30	**5.75**	**Turnschuhe** mit Crepe Gummisohl. d. Allerneust. i. d. deutsch. Schuhtechnik 36/42 4.50 31.35 3.75 27/30	**3.25**

Ferner grosse Auswahl in sämtlichen **Luxusartikeln,** wie Lack- braun und zweifarbigen Lederarten mit Block- und geschweiftem Absatz zu bekannt billigen Preisen.

Das Besichtigen meiner Schaufenster ist unbedingt lohnenswert.

Schuhhaus Benno Rosenblum,
vorm. S. Löw, Lüdenscheid, Altenaerstr. 2.

Düngemittel
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Schwefels. Ammoniak 20,66 %,
Knochenmehl 3×21%
Thomasmehl 14,33% zitratlöslich
Feingemahlenen
Hederichkainit 15,7%
Kalisalz 30,1 %,
Reines
Superphosphat 18 %
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.

Gelegenheits Geschenke
empfehle:
Damentaschen neueste Muster,
Reise-Handtaschen
Aktentaschen
Schultaschen
Brieftaschen
Zigarren-Etuis
Portemonnaies
Schreibmappen
Taschen-Necessaires
Manikür-Garnituren
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Ia Rotklee
Ia Weißklee
Ia Schwedenklee
Riesenspörgel
Saaterbsen
Saatbohnen
Saatwicken
sowie sämtliche
Grassämereien
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl.

Vaterl. Frauenverein
Halver Westbezirk.

Die nächste
Handarbeitsstunde
findet **Mittwoch, den 27 Mai** abds 8 Uhr in der Westschule statt.

Der Vorstand.

Wir stellen noch einige
jugdl. Arbeiter
und
Arbeiterinnen
für Montierarbeit ein.

Gebr. Berker,
Schalksmühle.

Mädchen u. Frauen
für lohnende Akkordarbeit
gesucht.
Erich Wippermann,
Elektrotechn. Fabrik
Halver i. W.

Empfehle mich als Tagelöhner in **sämtlichen**
Haus- u. Feldarbeiten
sowie all. vorkom. Arbeiten
Ludw. Sommer, Halver
Lohstr. 2

Kleinfleisch
eingetroffen
Gebr. Haase, Halver.
Fernsprecher: 151.

Tapeten
die neuesten Muster zu billigsten Preisen sind vorrätig bei
W. Bordfeld,
Schalksmühle

Existenz
General-Vertreter für dort. Bezirksfiliale ges. Hoher Verd. Ort u. Beruf gl. **Düsseldorf**
W. Gehring & Co.



Am Dienstag nachm. den 12. Mai erhalte ich eine Auswahl
Weidetiere
Hugo Kerspe, Halver
Fernruf 52

Visitenkarten liefert schnellstens
Druckerei Wilh. Bell jr.